

**Postulat SP-Fraktion:
«Rassismus im Kanton St.Gallen**

Aufgrund der Vorkommnisse im Toggenburg wurde die Bevölkerung im Kanton St.Gallen wieder einmal mit der Thematik des Rassismus konfrontiert. Die schrecklichen Ausmasse mit den Konsequenzen für die betroffenen Mitmenschen wurden uns allen bewusst. Die Ereignisse haben Betroffenheit ausgelöst und die Regierung hat am 29. November 2005 die dringliche SP-Interpellation beantwortet und den Vorfall aufs Schärfste verurteilt. Einige Vorfälle konnten geklärt werden, bei andern laufen noch Ermittlungen und sind noch nicht aufgeklärt. Laut der Studie «Rassistische Vorfälle in der Schweiz» (Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus in der Schweiz [GRA], Zürich 2005) sind im Kanton St.Gallen von 2002 bis 2004 16 Fälle aktenkundig. Rassismus ist nicht lokal auf einen Einzelfall zu reduzieren, sondern zeigt sich latent in unserer Gesellschaft.

Der Beitrag der Volksschule gegen Rassismus und Rechtsextremismus im Lehrmittel «sicher gesund», 2001, stellt bereits einen Schritt in die gewünschte Richtung dar. Daran gilt es nun anzuknüpfen mit Blick auf ein verbindliches Interventionskonzept mit Handlungsanweisungen. Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus schlägt eine Fünf-Punkte Strategie für eine gemeinsame Politik gegen Rassismus vor. Unter Punkt 3 können wir dort lesen: «Zum Schutz der Betroffenen braucht es vermehrt leicht zugängliche Hilfsangebote wie Ombuds-, Beratungs- und Schlichtungsstellen.»

In der Beantwortung der dringlichen SP-Interpellation (51.05.47) verweist die Regierung auf den Bericht «Interkulturelles Zusammenleben» vom 10./24. Oktober 2000 (40.00.04). Es scheint uns nach fünf Jahren angezeigt, dass die Regierung einen Bericht über die Wirksamkeit dieser Massnahmen vorlegt, damit dem Rassismus präventiv und mit entsprechenden gesetzlichen Grundlagen entgegengewirkt werden kann.

Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat über den Rassismus im Kanton St.Gallen Bericht zu erstatten und gegebenenfalls Antrag zu stellen und dabei die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Welche und wie viele rassistisch motivierte Vorfälle sind der Regierung bekannt? Wie beurteilt die Regierung diese Situation?
2. Mit welchen präventiven Mitteln kann gegen Rassismus vorgegangen werden? Was gedenkt die Regierung konkret an präventiven Massnahmen umzusetzen?
3. Ist die Regierung bereit, für die Beratung der Gemeinden, Schulgemeinden und Schulen gegen den Rassismus eine Beratungs-, Koordinations- und Anlaufstelle zu schaffen?
4. Ist die Regierung bereit, alle Vorfälle mit rassistischem Hintergrund im Kanton St.Gallen zu thematisieren und öffentlich zu verurteilen?
5. Welche Massnahmen im Bericht «Interkulturelles Zusammenleben» vom 10./24. Oktober 2000 (40.00.04) sind mit welchem Erfolg umgesetzt und müssen aufgrund von Veränderungen neu aufgegriffen werden? »

20. Februar 2006

SP-Fraktion